

# diagonal

**BSPV**

www.bspv.ch

## Editorial



Überall wird gespart.

Zryd

# Sparprogramme mit harten Folgen

**Die Berner Bevölkerung ist vom Sparprogramm ASP hart betroffen. Das Personal leistet einen hohen Beitrag. An einigen Orten einen zu hohen.**

Das vom Grossen Rat verabschiedete Sparprogramm hat für weite Bevölkerungskreise sehr harte Folgen. Die Auswirkungen unüberlegter Steuersenkungen treffen nun weitgehend die Schwachen, die Benachteiligten und die Randregionen. Das ist inakzeptabel.

Auch die Angestellten des Kantons Bern trifft es zum Teil hart. Insbesondere jene, die ihre Stelle verlieren. Oder auch jene, die einen Teil ihres Beschäftigungsgrades einbüßen. Dort müssen dringlich sozialverträgliche Lösungen gefunden werden. Der BSPV ist gefordert, als Sozialpartner ein gewichtiges Wort mitzureden.

Gleichzeitig konnte in dieser schwierigen Zeit eine akzeptable Lohnentwicklung für 2014 und die Folgejahre sichergestellt werden. Das ist ein Erfolg unserer aktiven Politik. Die 20 000 Teilnehmer an der Protestversammlung vom 16. März haben dazu beigetragen.

Wenn das Referendum zum Pensionskassengesetz nicht zustande kommt und wenn sich der Regierungsrat und das Parlament an ihre Versprechungen halten, wird eine grosse Mehrheit der Kantonsangestellten in den nächsten Jahren tragfähige Lösungen haben, die einen vollen Einsatz für unseren Kanton ermöglichen.

## 2 Aktuelles Thema

### Tragbar?

Das Kantonspersonal trägt einen erheblichen Anteil an die Sparmassnahmen bei. Für das Jahr 2014 sind es bereits 32 Millionen Franken.

## 5 Aktuelles Thema

### Verwaltung bleibt nicht verschont

Die ASP des Kantons Bern führt zu einem erheblichen Stellenabbau. Wenn 600 Stellen abgebaut werden, sind sehr viel mehr Mitarbeitende betroffen.

## Hinweis

### Geschäftsstelle geschlossen

Die Geschäftsstelle des BSPV ist vom 21. Dezember 2013 bis 5. Januar 2014 geschlossen.

## Hinweis

### Zentralvorstand wartet ab

Der Zentralvorstand hat an seiner Herbstversammlung noch keinen Entscheid über die Parole bei einer allfälligen Abstimmung zum Pensionskassengesetz gefasst. Wenn die Abstimmung erzwungen wird, kann durchaus das Scheitern der ganzen Vorlage durch ein doppeltes Nein erwogen werden. Im Vordergrund steht aber immer noch die vom Grossen Rat verabschiedete Neulösung mit ihren Vor- und Nachteilen.



Lehrerinnen und Lehrer hart getroffen: Aufmarsch vor dem Rathaus.

Moser

# Warum hat der BSPV eigentlich nicht protestiert?

**Lehrerinnen und Lehrer, Behinderte, Gymnasiastinnen und Gartenbauschüler. Alle sie haben vor dem Rathaus gegen das Sparpaket des Regierungsrates protestiert. Weshalb ist unser Verband nicht aufmarschiert?**

«Und was machen wir Polizisten?» hat mich ein Mitglied gefragt. «Vorerst nichts» habe ich geantwortet. Die Frage ist durchaus berechtigt. Das Personal kommt beim Sparpaket nicht ungeschoren davon.

Im ASP-Bericht ist ein ganzes Kapitel der verfehlten Lohnpolitik der letzten 15 Jahre gewidmet. Zu lesen sind klare Erkenntnisse (vgl. Kasten). Der Regierungsrat hat nun endlich begriffen, was wir Angestelltenverbände seit Jahren immer wieder betont und gefordert haben. Wenn man zu hart spart, sind irgendwann Kompensationsmassnahmen notwendig. Genauso wie beim Strassen- und Gebäudeunterhalt. Sparen kann teuer sein.

## Personal spart mit

Im Sparpaket ist eine erhebliche Sparmassnahme auf dem Buckel des Personals im Topf 1 enthalten. Das für die Jahre 2014 bis 2017 geplante Lohnsummenwachstum wurde von jährlich 1,5 auf 1,0% gekürzt. Damit trägt das Kantonspersonal wie alle übrigen hart betroffenen Bevölkerungsgruppen einen erheblichen Anteil

an den Sparmassnahmen mit. Für das Jahr 2014 sind es 32 Millionen, im Jahr 2016 sogar 84 Millionen Franken.

## Tragbar oder nicht?

Und das soll erträglich sein? Einigermassen. Denn die Kürzung wird durch eine Änderung bei den Rotationsgewinnen kompensiert. Bisher hat der Regierungs-

Jahr	Budgetiert	Aus Rotationsgewinn	Total	Gehaltsstufen Im Schnitt
2014	1,0%	0,5%	1,5%	2,6
2015	0,9%	0,6%	1,5%	2,6
2016	0,7%	0,8%	1,5%	2,6
2017	0,7%	0,8%	1,5%	2,6

rat jeweils ca. 1,0 Prozent Lohnsummenwachstum gewährt und gleichzeitig die Budgetbeträge um die Rotationsgewinne von 0,8% gekürzt. Der ganze Lohnaufstieg kostete den Kanton somit nichts. Neu sollen die Rotationsgewinne zusätzlich für Lohnmassnahmen zur Verfügung stehen.

Es wurde also einerseits gekürzt und gleichzeitig auch eine Kürzung gekürzt. Das tönt kompliziert, bringt aber verlässliche Resultate. Wenn jedes Jahr mit den Rotationsgewinnen Lohnerhöhungen von 1,5% gewährt werden können, dann ist das ein erster Schritt in die richtige Richtung.

### Mit einem blauen Auge davongekommen

Der Regierungsrat hat die aus seiner Sicht vertretbaren Sparmassnahmen in einem Topf 1 zusammengestellt. Diese Massnahmen sind in das Budget 2014 eingeflossen. Gleichzeitig hat er zusätzliche Massnahmen aufgelistet, die er als nicht umsetzbar erachtet. Diese wurden im Topf 2 der Sparmassnahmen zusammengefasst. Eine dieser untragbaren Massnahmen, die dem Grossen Rat vorgelegt worden sind, umfasste die Reduktion des Lohnsummenwachstums auf die Rotationsgewinne. Damit hätten im Voranschlag 2014 ganze 65 Millionen Franken eingespart werden können. Das hätte enorm wehgetan. Es ist ein Zeichen der Vernunft, dass der Grosse Rat diese Massnahme nicht zur Kompensation anderer schmerzhafter Einsparungen für grosse Bevölkerungs-

teile herangezogen hat. Dem Grossen Rat sei für einmal gedankt.

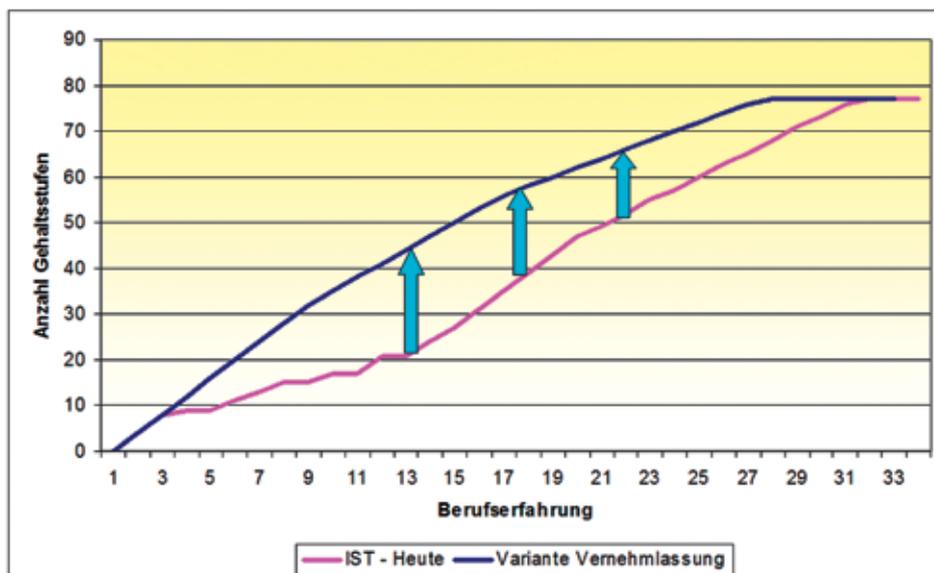
### Unverständliche Lohnerhöhung

BSPV-Mitglied Andreas Blaser stellte den Antrag, auf die Lohnerhöhungen für den Grossen Rat, die ab nächsten Juli gelten sollen, zurückzukommen. Im Gegensatz zur bisherigen Praxis sind die Entschädigungen des Grossen Rates neu vollumfänglich steuerpflichtig. Damit beträgt die eigene Lohnerhöhung längst nicht 47 Prozent, wie in den Medien dargestellt. Die Erhöhung wird 10 bis 20 Prozent betragen. Doch auch das ist in Zeiten harter Sparmassnahmen nicht vertretbar. Die Bevölkerung versteht diesen Entscheid nicht. Die BSPV-Vertreter haben gegen die Erhöhung der Entschädigungen gestimmt. Nicht alle Verbandsmitglieder haben dies gleich gesehen. Der BSPV hat das Abstimmungsresultat auf seiner Homepage publiziert.

### Lohnrückstände aufholen

Was immer noch fehlt, sind die Massnahmen zum Aufholen von Lohnrückständen. Wer in den letzten zehn bis fünfzehn Jahren beim Kanton Bern gearbeitet hat, erlebte einen ausserordentlich harzigen Lohnanstieg. Die untenstehende Kurve zeigt deutlich, dass der Rotstift in den guten und sehr guten Jahren zu stark bei den Löhnen angesetzt worden ist.

Der Regierungsrat schreibt in seinem Bericht dazu: «Angesichts der Finanzlage muss im Moment auf Massnahmen zum «Aufholen» des entstandenen Lohnrück-



## ASP-Bericht, Kapitel Lohnpolitik

Zitat: Wie ... bekannt ist, hat der Kanton Bern in den letzten 15 Jahren aus verschiedenen Gründen dem Kantonspersonal und den Lehrkräften keine den Annahmen des Bernischen Lohnsystems BEREBE entsprechende Lohnentwicklung gewähren können. Dadurch sind die Löhne des Personals in unserem Kanton im interkantonalen Vergleich stark zurückgefallen und heute kaum mehr konkurrenzfähig.

Für eine langfristig stabile ... Lohnentwicklung ... sind jährlich konstant rund 1,5 Prozent der Lohnsumme nötig.

Zusätzlich zu dieser ordentlichen individuellen Gehaltsentwicklung wären an sich Mittel für das «Aufholen» der Löhne gegenüber dem Konkurrenzumfeld nötig. Ebenso sind im Falle einer ansteigenden Teuerung Mittel für den generellen Lohnaufstieg (= Teuerungsausgleich) freizustellen.

standes verzichtet werden. Dies ist bedauerlich und wird später nachzuholen sein». Dieser Aussage schliessen wir uns mit allem Nachdruck an.

Bedauerlich ist, dass wer einmal in diesem Lohnloch war, auch durch spätere Gehaltsstufenanstiege vergangene Verluste nicht ausgeglichen erhält. Auch das Loch in der Pensionskasse füllt niemand. Bei den diesjährigen Beförderungen soll bereits darauf geachtet werden, dass krasse Tiefenreihungen ausgeglichen werden. Wir sind gespannt auf die Umsetzung des diesjährigen Lohnanstiegs und sind interessiert an Rückmeldungen der Leserschaft.

Wir rechnen damit, dass der Gehaltsaufstieg einen Teil des Spielraums der in Artikel 44 der Personalverordnung festgehalten ist, ausgeschöpft wird. Für herausragende Leistungen (A++) könnten immerhin zehn zusätzliche Gehaltsstufen ausgerichtet werden, möglicherweise sind es dann aber bloss sechs. Für gute Leistungen (A) können bis zu drei Gehaltsstufen ausgerichtet werden.



# Blicken Sie entspannt in Ihre Zukunft

Finanzielle Pensionsplanung, Steueroptimierung,  
Vermögensanlage, Zweitmeinung zu Bank- und  
Versicherungsofferten –  
alle Entscheidungsgrundlagen aus einer Hand.

**Damit Sie Ihre Zeit unbeschwert  
geniessen können.**

## Unabhängige Pensionsplanung

Beratungsqualität vom BSPV  
getestet und für gut befunden.  
Mit Sonderkonditionen für  
BSPV-Mitglieder.



Bonstettenstrasse 1, 3012 Bern  
T 031 301 45 45

[www.glauserpartner.ch](http://www.glauserpartner.ch)

# FRIWASH

*Die sanfte,  
schonende  
Autowaschstrasse  
mit Textilfasern*

Ey 9a, 3063 Ittigen  
Tel. 031 921 76 83

**Webcam unter: [www.friwash.ch](http://www.friwash.ch)**

**...mich flexibel weiterbilden!**

**Handelsschule**  
berufsbegleitend

**Eidgenössische  
Fachausweise**  
Technische Kaufleute  
Führungsfachleute  
Organisator/in  
Marketing

**www.teko.ch**

## Grotto Ticino Pizzeria Cafiero am Breitenrainplatz 3014 Bern

**Saisongerecht, frisch und authentisch!**

Geniessen sie unsere  
Tessiner- und Italienischen Spezialitäten

Durchgehend warme Küche von 11.30 bis 22:45 Uhr  
Jeden Tag geöffnet!      Telefon: 031/ 331 96 77

[www.grotto-ticino.ch](http://www.grotto-ticino.ch)

**Umzüge  
Privat und Geschäft**

**peyer  
bern**

T: 031 996 63 63  
[www.peyerbern.ch](http://www.peyerbern.ch)      Umzüge Transporte Lagerungen

Offizielles Organ des Bernischen  
Staatspersonalverbandes BSPV

...gehört in Ihren Werbeplan 2014

**Jetzt Mediadaten 2014 anfordern:**

**031 300 63 89** [inserate@staempfli.com](mailto:inserate@staempfli.com)

# Das Psychiatriepersonal bezahlt die Rechnung

**In der Berner Zeitung wurde ein Artikel unter dem Titel «Die Verwaltung bleibt verschont» publiziert. Diese Aussage ist grundfalsch. Die Aufgaben- und Strukturüberprüfung des Kantons Bern führt zu einem erheblichen Stellenabbau. Wenn 600 Stellen abgebaut werden, sind sehr viel mehr Mitarbeitende betroffen.**

Wenn das Schwerpunktfach Griechisch gestrichen wird, gehen bloss einige wenige Stellen verloren. Das scheint für Ausenstehende tragbar zu sein. Doch die betroffenen Lehrkräfte können nicht auf das Fach Sport oder an eine andere Schule wechseln. Sie haben schlicht und einfach keine beruflichen Perspektiven mehr. Zudem sind sehr viele Teilpensen betroffen. Die Streichung einer Hundertprozentstelle führt zu erheblichen Problemen bei zahlreichen Lehrkräften. Und so geht es vielen anderen Betroffenen eben auch.

## Das ASP-Sparpaket sieht einen erheblichen Stellenabbau beim Kantonspersonal vor:

2014	–377 Stellen
2015	–97 Stellen (Total –474 Stellen)
2016	–103 Stellen (Total –577 Stellen)
2017	–68 Stellen (Total –645 Stellen)

Bis in vier Jahren sollen also weit über 600 Stellen abgebaut werden. Ein solcher Abbau ist für den BSPV umsetzbar, wenn zugleich auch die Leistungen abgebaut werden. Zudem darf der Abbau zu keinen Stellenkündigungen führen. Bei der hohen Personalfuktuation beim Kanton Bern sollte dies möglich sein. Der Primatwechsel wird zudem zu weiteren Personalwechseln führen. Und wenn die Stellen beim Staatsforst oder der Fischereiaufsicht massiv reduziert werden, dann braucht es für alle Betroffenen eine sozialverträgliche Neulösung.

## Psychiatriepersonal stark betroffen

Indem der Grosse Rat auf unverantwortliche Weise die Leistungen der Psychiatrie massiv eingeschränkt hat, entsteht für das Psychiatriepersonal eine heikle Lage. Der

vom Regierungsrat geplante Leistungsabbau hätte ohne Stellenverluste aufgefangen werden können. Nun hat das Parlament zusätzliche Massnahmen beschlossen. Es drohen nun 50–60 Stellenverluste. Die Direktionen der drei Anstalten sind nun stark gefordert. Wir erwarten, dass jetzt sofort sozialverträgliche Lösungen angedacht und notfalls die Kürzungen nicht vollumfänglich umgesetzt werden.

## Pfarramtliche Versorgung unter Druck

In einer Hauruckübung wurden die Budgetmittel für die pfarramtliche Versorgung um zwei Millionen Franken gekürzt. Damit gehen auch in diesem Bereich mittelfristig Stellen verloren. Da die Umsetzung des Beschlusses personalrechtlich in so kurzer Frist nicht erfolgen kann, ist mit einer Budgetüberschreitung zu rechnen. Auch in diesem Bereich gilt, was nicht umgesetzt werden kann, muss nicht umgesetzt werden. Es braucht schlicht mehr Zeit.

## Zahlreiche weitere Betroffene

Die Abbaumassnahmen sind auch andernorts massiv. Im Fischereiinspektorat werden ganze vier von 14 Stellen abgebaut. Im Jagdinspektorat sind es sechs von rund 40 Stellen. Bei der Polizei sind es fast hundert und beim Strassenunterhalt 20–25 Stellen. Entgegen der landläufigen Meinung trifft es aber auch Kaderstellen. Das Polizeikommando hat den ausgeschiedenen Stabschef nicht ersetzt. Und da das Projekt der Neuen Verwaltungsführung NEF verunglückt ist und gestoppt wird, sind auch die Stellen der Controller stark gefährdet. Ganz massiv müssen zudem unsere Lehrkräfte zum Sparpaket beitragen. Viele Landschulen werden ge-

schlossen und bei den Gymnasien wird der Druck erhöht. Noch unklar sind die äusserst massiven Einsparungen in der Psychiatrie. Der BSPV ist in engem Kontakt mit den Direktionen der Anstalten UPD in Bern, PZM in Münsingen und Belletay. In regelmässigen Sozialpartnergesprächen informieren die Direktionen über die vorgesehenen Massnahmen und die Verbände bringen ihre zentralen Forderungen ein. Im nächsten Jahr wird der Stellenabbau ein zentrales Thema sein.

## Auszug aus dem ASP

«Der bewilligte Bestand der Kantonspolizei Bern wird in drei Jahrestrenchen um insgesamt 100 Stellen reduziert. Der effektive Abbau erfolgt über natürliche Fluktuationen. Es werden voraussichtlich keine Mitarbeitenden entlassen. Die mit der Umsetzung des Stellenabbaus einhergehenden Konzentrationen der Mittel führen letztlich zu einer hohen Mobilität des verbleibenden Personalkörpers; wo möglich wird auf Spezialisierungen zu Gunsten von allgemein wirkenden Kräften verzichtet. Die vorgeschlagene neue Struktur entspricht einer modernen Polizeiorganisation und belastet das Personal nicht zusätzlich.»

Soweit die recht rätselhafte Formulierung des Regierungsrates. Der Grosse Rat hat nun entschieden, dass die vorgesehene Streichung der Verkehrserziehung gestrichen wird. Wir rechnen damit, dass sich bei der Polizei vorerst nicht viel ändern wird.

## ■ Pensionierung richtig planen

### Sie wünschen sich:

Eine erstklassige, unabhängige Pensionsplanung ohne Produkteverkauf, welche ausschliesslich auf Ihre Wünsche, Bedürfnisse und Ziele ausgerichtet ist? Dann sind Sie bei uns an der richtigen Adresse. **Sonderkonditionen für BSPV Mitglieder.**

**Bestellen Sie **kostenlos** unsere umfassende Broschüre „Pensionierung“ mit vielen nützlichen Tipps und interessanten Berichten.**

**Fankhauser, Fuchs & Partner**  
**Pensionsplanung | Finanzplanung | Steuerplanung**  
Seftigenstrasse 25, 3007 Bern, Telefon: 031 371 90 90, Fax: 031 371 90 92  
E-Mail: [info@gutgeplant.ch](mailto:info@gutgeplant.ch) | Web: [www.gutgeplant.ch](http://www.gutgeplant.ch)

**gutgeplant.ch**   
Pensions-, Finanz- & Steuerplanung

### Bernhard Fankhauser

dipl. Vorsorge- und  
Vermögensberater SPPV  
eidg. dipl. EHL



### Guido Fuchs

Finanzplaner mit eidg. FA



## Muesmatt AG

### Fenster und Schreinerei

Alpenstrasse 40 · 3052 Zollikofen  
Telefon 031 911 80 11 · Fax 031 911 25 11  
[www.muesmatt.ch](http://www.muesmatt.ch)

## Kehrli+Oeler

CH-3001 Bern  
Telefon 031 388 81 11  
[www.kehrlioeler.ch](http://www.kehrlioeler.ch)

Privat- und Geschäftsumzüge  
Lagerlogistik

Regional • National • International



krebsliga

## Gemeinsam gegen Brustkrebs

Bernhard Russi, Abfahrt-Olympiasieger,  
mit Tochter Jenny





Fotos: Beat Rieder

# Die Arbeitslast wird nicht kleiner

**Vierzehn Sparprogramme und kein Ende in Sicht. Die Kantonsverwaltung steht wegen den Kostenüberwälzungen durch den Bund und kontinuierlichen Steuer-senkungen unter hohem finanziellem Druck. Die Sektion Fischereiaufseher ist von der Aufgaben- und Strukturüberprüfung ASP stark betroffen.**

**Der Kanton Bern hat sieben Fischereiaufsichtskreise und vier Fischzuchtanstalten. Welche Standorte werden im Vollzug des ASP geschlossen?**

Die Brutanlage Wasen im Emmental, die von den Fischereiaufsehern im Emmental betreiben wird, soll geschlossen werden. Weiter sollen die Brutanlage in Saanen und die Aufzuchtanlage Lischa in Adelboden, die dem Kanton gehören, geschlossen bzw. verkauft werden. Die Anlage in La Heutte wird ab 2014 nicht mehr weiter betrieben. Und auch der Netzkäfiganlage im Gütetäl bei Spiez, droht die Schliessung. Zudem soll die Hechtaufzucht inkl. Hechtteiche in Täuffelen gänzlich eingestellt werden.

**Führt dies bei euch zu einem namhaften Personalabbau?**

Im schlechtesten Fall werden bis Ende 2017 in unserer Untergruppe zwei Vollzeitstellen und die Aushilfe-Stelle gestrichen. Also faktisch drei Vollzeitstellen was mehr als 21% des Gesamtbestandes der Untergruppe Fischereiaufseher darstellt. Hinzu

kommt der Abbau einer weiteren Stelle im Innendienst des Fischereiinspektorates.

**Das ist hart. Es hat ja bloss 14 Fischereiaufseher. Prozentual wird dieser Bereich viel härter betroffen als die Zentralverwaltung oder das Polizeikorps.**

Ja. Das sind mehr als 14%. Oder im schlechtesten Fall mehr als 21% unserer Vollzeitstellen. Weil viele unserer Tätigkeiten im Bereich Lebensraum- und Artenschutz angesiedelt sind, wird die Arbeitslast nicht kleiner, da diese Arbeiten nach bundes- und kantonalem Recht vorgeschrieben sind. Die gleichbleibende Arbeitslast wird in Zukunft auf noch weniger Schultern verteilt. Viele Überstunden und gesundheitliche Probleme sind vorprogrammiert.

**Unter welchen Voraussetzungen kann die BSPV-Sektion der Fischereiaufseher diesen Abbau akzeptieren?**

Eigentlich können wir diesen überdurchschnittlichen Personalabbau gar nicht akzeptieren. Aber wir werden uns wohl nur schwer gegen diesen Abbau wehren können, weil die Fischerei im Kanton Bern keine politische Lobby hat. Wir verlangen von der Regierung, dass die Umsetzung der Massnahmen im Fischereiinspektorat fair und korrekt erfolgt und keine Entlassungen ausgesprochen werden.

**Was erwarten die Betroffenen von der Amtsleitung und was vom BSPV?**

Sollten die ASP-Massnahmen wie vorgesehen umgesetzt werden, wird die Abteilung Fischerei überaus stark betroffen und reorganisiert. Damit sollte unsere Abteilung für längere Zeit nicht mehr von weiteren Sparmassnahmen betroffen sein. Wir erwarten von der Amtsleitung und vom BSPV, dass sie sich dafür einsetzen, die Fischerei in Zukunft von den noch weitergehenden Sparbemühungen auszunehmen.

**Im ASP-Bericht steht, dass sich das Fischereiinspektorat in Zukunft auf die «wesentlichen Ziele konzentrieren» wird. Wurde denn bisher Unwesentliches gemacht?**

Nein. Ganz und gar nicht. Im Gegenteil. In den letzten Jahren musste das Fischereiinspektorat viele zusätzliche und gesetzlich vorgeschriebene Aufgaben, wie z.B. die Verwaltung des kantonalen Renaturierungsfonds übernehmen. Es ist wichtig, dass es in unserem Kanton noch Fachleute gibt, welche sich für den Schutz der Fische und deren Lebensraum einsetzen.

**«Die gleichbleibende Arbeitslast wird in Zukunft auf noch weniger Schultern verteilt.»**

## Beat Rieder

Beat Rieder ist Präsident der Sektion Fischereiaufseher. Mit neun Mitgliedern ist sie die kleinste Sektion des BSPV.

# Fische sind ein Indikator

**Der Kanton Bern hat sieben Fischereiaufsichtskreise und vier Fischereistützpunkte. Die kleinste BSPV-Sektion, die Fischereiaufseher, erfüllt bundes- und kantonrechtlich vorgeschriebene Aufgaben.**



Der Präsident, Beat Rieder, bei der Arbeit.

Staub

Der Auftrag der Fischereiaufseher ist das Überwachen der Fischerei. Ziel ist es, die Fischbestände und damit die Basis der Fischerei langfristig zu sichern und zu erhalten. Die Kantonale Fischereiaufsicht erfüllt verschiedene Aufgaben im Kanton Bern.

## Kantonale – versus private Fischzuchtanlagen

Kantonale- und private Fischzuchtanlagen unterscheiden sich grundlegend voneinander. Die privaten Fischzuchten produzieren ausschliesslich raschwüchsige, für den menschlichen Verzehr bestimmte Fische. Die kantonalen Fischzuchtanlagen hingegen erbrüten und ziehen hauptsächlich Besatzfische auf. Das dient dem Artenschutz und der Erhaltung der Biodiversität. Diese Besatzfische sind meist ökologisch und genetisch hochwertig und sind im Handel nicht erhältlich. Grosser Wert wird auf bedrohte und kommerziell unbedeutende Fisch- und Krebsarten gelegt, die vom Aussterben bedroht sind.

## Anlaufstelle für Anliegen

Vier Anlagen, Faulensee, Reutigen, Kandersteg und Ligerz sind Stützpunkte der Fischereiaufsicht. Sie dienen als Anlauf-

stelle für Anliegen der Bürgerinnen und Bürger, von Gemeinden und kantonalen Fachstellen aus verschiedenen Bereichen, wie beispielsweise Renaturierungen, Seeverkehrs- und Uferschutzplanungen, Berufs- und Angelfischerei oder Fischkrankheiten. Zusätzlich sind die vier kantonalen Stützpunkte wichtige Zentren der Informationsvermittlung. Die Bevölkerung wird an diesen Stützpunkten über Umwelt-, Gewässer-, Artenschutz und Fischerei informiert.

## Gefährdung des gesetzlichen Auftrages

Ob ein Stellenabbau zu einer Gefährdung des gesetzlichen Auftrages führt ist schwierig zu beurteilen. Klar ist, dass die Besatzfische eine Risikoversicherung darstellen, um die jährlichen Bestandeschwankungen in unseren Gewässern zu dämpfen. Diese Schwankungen sind in unseren stark verbauten Gewässern höher als in der freien Natur. Sie werden durch den Klimawandel noch zunehmen. Ein ungenügender Fischbesatz kann auch zum Rückgang der Fangerträge der Angel- und Berufsfischer führen, was sich negativ auf den Verkauf von Fischereipatenten auswirken kann.

## Wesentliche Ziele

Im ASP-Bericht steht, dass sich «das Fischereinspektorat in Zukunft auf die wesentlichen Ziele konzentrieren» wird. Doch hat sich das Fischereinspektorat auch bisher um das Wesentliche gekümmert. In den letzten Jahren mussten mit dem gleichen Personalbestand viele zusätzliche und gesetzlich vorgeschriebene Aufgaben übernommen werden. Zum Beispiel die Verwaltung des kantonalen Renaturierungsfonds: Fische sind sehr gute Indikatoren. Geht es den Fischen gut, geht es den Menschen und der Umwelt auch gut und umgekehrt. Darum ist es wichtig, dass es im Kanton Bern noch Fachleute gibt, welche sich für den Schutz der Fische und deren Lebensraum einsetzen.

## Rentner: Erstes Treffen 2014

In den letzten Jahren hat der Vorstand statt zu einem grossen Senioren-Ausflug einzuladen, mehrere Ausflüge und Exkursionen angeboten, die gut besucht wurden. Auch für das Jahr 2014 ist einiges vorgesehen. Die Reihe eröffnet ein Besuch in Schafis am Bielersee, wo wir uns bei Treberwurst und Bielersee-Wein unserer Tradition des geselligen Zusammenseins, aber auch der Behandlung der aktuellen standespolitischen Themen widmen werden.

Der Anlass findet am 5. Februar 2014, ab 12.15 Uhr im Carnotzet der Familie Röbi und Lisbeth Andrey statt.

Die Anreise erfolgt individuell per Bahn (Biel ab Richtung Ligerz 11.52) oder per Privatauto; die Rückreise ebenfalls (Ligerz ab Richtung Biel 16.56).

Mitglieder der Rentnersektion des BSPV sind samt Partner/Partnerinnen herzlich dazu eingeladen.

Kosten: Fr. 25.– pro Person für Essen und Getränke

Organisation: Robert Ruprecht  
Anmeldung per Telefon an Eugen Schneider: 031 829 14 02

**Anmeldeschluss: 17. Januar**

# Unterstützung durch den BSPV

Alle Mitglieder, die von einem Personalabbau betroffen sind, können sich jederzeit an die Geschäftsstelle des BSPV wenden. Es empfiehlt sich immer, neue Regelungen durch uns überprüfen zu lassen. Denn an einigen Stellen wird oft zu falsch vor-

gegangen. Bei einem Stellenverlust durch Reorganisation sind rechtliche Vorschriften einzuhalten. So insbesondere die Bestimmungen der Stellenvermittlungsverordnung (vgl. Kasten). Ungenügend eingehalten wird öfters Artikel 30, Absatz 2 des

Personalgesetzes, der besagt: Die Anstellungsbehörde strebt an, den betroffenen Personen eine zumutbare Stelle anzubieten. Der BSPV erwartet von den vorgesetzten Stellen viel Einfühlungsvermögen und einen hohen Einsatz. Jeder unverschuldete Stellenverlust führt bei den Betroffenen zu einer erheblichen Verunsicherung und führt zu einer psychischen Belastung.

## Stellenvermittlungsverordnung

### Art. 8 Pflichten der Behörde bei Stellenaufhebungen

<sup>1</sup> Die Vorgesetzten informieren Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, deren Stelle ganz oder teilweise aufgehoben werden soll, in einem Gespräch so rasch als möglich, idealerweise zwölf Monate vor der geplanten Stellenaufhebung. Es ist mitzuteilen, auf welchen Termin das Arbeitsverhältnis beendet werden soll (Endtermin).

<sup>2</sup> Die Ernennungsbehörde erlässt die Verfügung zur Beendigung des bisherigen Arbeitsverhältnisses ohne Verzug und unter Berücksichtigung der Frist nach Artikel 25 Absatz 1 PG, nachdem das Gespräch nach Absatz 1 geführt worden ist.

<sup>3</sup> Sie meldet unverzüglich der Zentralen Personalkoordinationsstelle (ZPS) die vorgesehene Stellenaufhebung unter

Angabe der bisherigen Tätigkeit und der Personalien der oder des von der Entlassung Bedrohten. Ferner sind Endtermin und Grund der Stellenaufhebung zu melden.

<sup>4</sup> Die bisherige Ernennungsbehörde übergibt der betroffenen Person ein Arbeitszeugnis gemäss Artikel 50 PG, sobald das Gespräch nach Absatz 1 geführt worden ist.

# Zulagen im Ferienlohn

**Der BSPV und der VPOD können erneut einen Erfolg verzeichnen. Nach langjährigem Kampf wurde das sogenannte «Orange-Urteil» endlich auch für das Kantonspersonal umgesetzt. Auf den 1. September 2013 wurden die Zulagen für Nacht- und Wochenendarbeit und den Pikettdienst erhöht.**

Dem Kantonspersonal wurde während der Ferien und bei Krankheit die Zulagen für Nacht- und Wochenendarbeit und Pikettdienst bis anhin nicht ausbezahlt. Diese Neuerung kann ganz wesentliche Auswirkungen haben, denn die Zulagen sind für viele Angestellte ein erheblicher Lohnanteil.

Das sogenannte «Orange-Urteil» des Bundesgerichts besagt, dass der Arbeitnehmer während den Ferien nicht schlechter gestellt sein darf, als wenn er in dieser Zeit gearbeitet hätte. Auch bei längeren Krankheiten, Unfall, Zivil- und Militärdienst und bei Mutterschaft sind die Zulagen geschuldet. Mit einer Erhöhung der

Zulagen wird dieser Bundesgerichtsentscheid nun auch im Kanton Bern umgesetzt.

Die seit Jahren nicht angepassten Entschädigungen werden um 10,64% erhöht. Diese Erhöhung entspricht dem Ferienanteil. Anstatt eines Fünflibers gibt es nun Fr. 5.55 in der Stunde und für den Bereitschaftsdienst Fr. 33.20 anstatt 30.00, für den Präsenzdienst Fr. 44.25 anstatt 40.00.

Leider wird damit die seit Jahren nicht angepasste Teuerung längst nicht ausgeglichen. Sonst hätten die fünf Franken auf acht oder neun erhöht werden müssen.

Insgesamt haben der BSPV und der VPOD zusammen einen Erfolg erreicht.

Für viele reicht die Erhöhung aus, um den Verbandsjahresbeitrag zu begleichen. Eine BSPV-Mitgliedschaft zahlt sich aus.

## Erfolg für Gefängnispersonal

Das Amt für Freiheitsentzug und Betreuung hat einen erfreulichen Entscheid gefasst. Das Personal der Gefängnisse erhält ab dem Jahreswechsel für Nachtarbeit die ordentliche Zulage von 5.55 Franken pro Stunde. Diese Regelung galt bisher bloss für das Betreuungspersonal der Anstalten. Dies ist ein Erfolg der partnerschaftlichen Zusammenarbeit des BSPV mit der kantonalen Verwaltung. Und es ist auch ein Erfolg für jene Mitglieder, die auf diese Ungleichbehandlung hingewiesen haben. Der BSPV organisiert nicht nur Grossdemonstrationen auf dem Bundesplatz. Er ist auch aktiv im Gespräch und bei den Verhandlungen der Sozialpartner auf allen Stufen.

# Sparprogramm? Hier nicht!

Wiederum hat der BSPV in Zusammenarbeit mit dem KV Bern ein umfangreiches Kursprogramm zusammengestellt. Mitglieder profitieren von Rabatten.

## Die BSPV-Kurse im Überblick

(alle Kurse finden sich auf unserer Internetseite [www.bspv.ch](http://www.bspv.ch) und in der beigelegten Broschüre):

Ein BSPV-Mitglied erhält bis zu 150 Franken Rabatt auf die Seminare und Kurse des KV Bern. Die vom BSPV angebotenen Kurse sind für unsere Mitglieder noch günstiger. Für die Kurse des Jahres 2013 erhielt die Geschäftsstelle ausserordentlich gute Rückmeldungen. Wer sich möglichst schnell anmeldet, hat die grössten Chancen darauf, berücksichtigt zu werden.

---

### BSPV-Kurs

- Coaching – ein Instrument für Führungspersonen; Grundkurs
  - Coaching – ein Instrument für Führungspersonen; Folgekurs (Dieser Kurs ist nicht in der Broschüre aufgeführt. Daten: 29.4.2014; 14.8.2014; 22.10.2014, Zeit: jeweils von 13.30–17.00 Uhr Mehr Infos: [www.bspv.ch/de/dienstleistungen/kursangeboteseminare](http://www.bspv.ch/de/dienstleistungen/kursangeboteseminare))
- 

---

### BSPV-Kurs

- Burnout – zuerst Feuer und Flamme, dann ausgebrannt; Grundkurs
  - Burnout – zuerst Feuer und Flamme, dann ausgebrannt; Folgekurs
  - Geistige Fitness durch Schach
- 

---

### BSPV-Kurs

- Finanzielle Pensionsplanung richtig gemacht
  - Dreisäulenprinzip und Pensionskasse – einfach erklärt
- 

## FÜHRUNG

Ein Beispiel zu geben ist nicht die wichtigste Art, wie man andere beeinflusst. Es ist die einzige.

Albert Schweitzer

## PERSÖNLICHKEITSBILDUNG

Du selbst musst der Wandel sein, den die Welt vollziehen soll.

Mahatma Gandhi

## RECHT, FINANZEN UND PERSONAL

Eine Investition in Wissen bringt noch immer die besten Zinsen.

Benjamin Franklin

# Berner Forstwarte vor harten Herausforderungen

**Der Kanton Bern stellt immer mehr Akademiker an. Arbeiter sind immer weniger gefragt. Wo hartes Zupacken gefragt ist, werden die Arbeiten immer mehr ausgelagert. Sei es im Forst, auf der Strasse oder in der Psychiatrie.**



Es braucht endlich einen Stopp des ständigen Abbaus!

Foto: Burkhalter

Die Mitarbeiter des Bernischen Staatsforstes waren einst eine stolze Sektion des BSPV. Sie sind es immer noch. Starke, kräftige Männer, die bei jeder Witterung draussen hart arbeiten. Für den Kanton Bern und eine intakte Natur. Nach zwei Reorganisationen mit einem massiven Personalabbau sind nur noch wenige übriggeblieben. Obwohl gerade diese Mitarbeiter mit der vollen Sympathie der Berner Bevölkerung rechnen können. Viele haben ihre Stelle verloren. Rund ein Drittel ist übrig geblieben. Das hat Spuren hinterlassen. Manche hat es hart getroffen. An der diesjährigen Jahresversammlung kam dies zum Ausdruck. Präsident Thomas Schober fand trotz der schwierigen Situation die richtigen Worte. Der Neustart des Berner Staatsforsts kann auch eine Chance sein. Trotzdem braucht es nun endlich einen Stopp des ständigen Abbaus an der Basis. Entschleunigung ist keine Schwäche. Und die Arbeitsplatzsicherheit muss nun endlich einen höheren

Stellenwert bekommen. Zudem ist für Härtefälle bei den vielen Entlassenen zwingend eine sozialverträgliche Lösung zu finden. Die Volkswirtschaftsdirektion ist gefordert.

Am Schluss der Versammlung gab der Geschäftsführer des BSPV, Matthias Burkhalter, den 16 Anwesenden einen Überblick über die Zukunft der Pensionskasse. Auch bei der Vorsorge drohen weitere Verschlechterungen. Vor allem dann, wenn das durch Gutverdienende lancierte Referendum zustande kommt. An der Versammlung 2014 wird sich zeigen, ob das Mass des Erträglichen überschritten wurde.

Wir hoffen nun, dass an der Versammlung vom nächsten Jahr über erfreulichere Massnahmen berichtet werden kann. Und möglicherweise muss in den kommenden Jahren der Stellenabbau rückgängig gemacht werden, da Private die Leistungen meist nicht in der geforderten Qualität erbringen.

Kolumne

## Starke Sozialpartnerschaft – Stopp Abbau!

Das Berner Staatspersonal und die Lehrkräfte brauchen eine starke Vertretung auf allen Ebenen. Der Regierungsrat hat mit dem verlässlicheren Lohnanstieg und einer tragbaren Pensionskassenregelung zwei deutliche Zeichen gesetzt. Der BSPV und LEBE haben hartnäckig und mit zielgerichtetem Einsatz diese Resultate mitbestimmt. Ich war an der Grossdemonstration im März auf dem Bundesplatz anwesend und stellte eine riesige Betroffenheit der Kantonsangestellten fest. Von 2004 bis 2010 habe ich mich im Grossen Rat für meine Kolleginnen und Kollegen eingesetzt. Nach meinem Umzug von Adelboden nach Magglingen nehme ich nochmals einen Anlauf bei den anstehenden Grossratswahlen. Nur ein verlässliches Parlament kann die Basis für eine funktionierende Sozialpartnerschaft bilden. Personal, Lehrkräfte und Sport brauchen in Zeiten schmerzhafter Sparübungen eine mutige und zuverlässige Lobby.



Von Andrea Zryd  
Sportlehrerin Magglingen,  
Mitglied BSPV und LEBE,  
ehemalige Grossrätin SP

*Die Meinung des Autors muss sich nicht mit jener des BSPV decken.*

## Mitgliederbeitrag

Der BSPV hat seine Statuten angepasst. Mitglieder, die ein Nettoeinkommen unter 50 000 Franken erzielen, bezahlen ab Neujahr nur noch den halben Verbandsbeitrag. Wer diese Reduktion beansprucht, hat zur Kontrolle eine Kopie des Lohnausweises und eventueller Nebenbeschäftigungen bei der Geschäftsstelle einzureichen. Rentnerinnen und Rentner bezahlen automatisch den halben Mitgliederbeitrag.

## Ein häufiger Irrtum

Etliche Vorgesetzte gehen offensichtlich davon aus, dass weibliche Mitarbeitende im Kanton Bern mit 64 pensioniert werden. Das ist ein Irrtum. In Artikel 14 des Personalgesetzes wird festgehalten, dass Mitarbeitende spätestens auf Ende des Monats, in dem sie ihr 65. Lebensjahr vollendet haben, aus dem Kantonsdienst ausscheiden müssen. Frauen haben also ganz klar das Recht, bis 65 zu arbeiten. In Ausnahmen sogar bis zum 70. Lebensjahr. Frauen haben allerdings schon nach der Vollendung des 64. Lebensjahrs Anspruch auf eine AHV-Rente. Doch dies hat nichts mit dem ordentlichen Rücktrittsalter zu tun.



Statuten angepasst

## Anonyme Meldungen

Immer wieder melden sich Angestellte bei der Geschäftsstelle des BSPV und weisen auf Missstände hin. Wir bearbeiten alle solche Meldungen, sofern sich die Betroffenen namentlich melden. Wir behandeln Meldungen vertraulich. Eine Ombudsstelle wäre für die kantonale Verwaltung eine dringliche Notwendigkeit. Es ist unbegreiflich, dass der Grosse Rat dieses Begehren, das von Peter Bernasconi gestellt worden ist, bereits zweimal abgelehnt hat.

## Frohe Festtage

Der BSPV wünscht all seinen Mitgliedern und deren Angehörigen Frohe Weihnachten und einen guten Rutsch ins Jahr 2014. 2014, ein Jahr, das nicht für alle Positives mit sich bringen wird. Einige werden (hart) von den Sparmassnahmen im Kanton Bern getroffen. Andere werden mit der Frage der Frühpensionierung konfrontiert. Für viele ändert sich kaum etwas. Das 2014 wird ein neues Jahr, in dem der BSPV sich für das Kantonspersonal einsetzt und wo nötig auch Hilfe leistet.

Wir bedanken uns insbesondere bei all jenen Menschen, die im Jahr 2013 für die Interessen des kantonalen Personals gekämpft haben.



Frohe Festtage

## Übernachtung gewonnen

Im *diagonal* 4/13 hat der Ferienverein zum zweiten Mal in diesem Jahr einen Gutschein für eine Übernachtung offeriert. Monika Gfeller wurde als Gewinnerin aus fast 100 Teilnehmern gezogen. Mit grosser Freude hat sie den Preis entgegengenommen: «Ich werde den Gutschein sehr wahrscheinlich im Hotel Valaisia in Crans Montana einlösen. Ich freue mich bereits heute auf ein erholsames Wochenende im Wallis!»

## Lohnerhöhung bei Coop

In den Medien ist vielfach von Lohnerhöhungen zu lesen. So will z.B. der Detailhandelsriese Coop die Löhne um ein Prozent erhöhen. Und der Kanton spricht von einem Lohnsummenwachstum von 1,5 Prozent. Schneiden wir nun besser ab? Nein. Bei Coop werden alle Löhne um ein ganzes Prozent angehoben. Es geht also um eine Reallohnerhöhung. Ein solcher genereller Anstieg des ganzen Lohngefüges hat es beim Kanton Bern seit über zehn Jahren nie mehr gegeben, sofern man den Teuerungsausgleich ausnimmt. Bei jenen Branchen, die solche Lohnabschlüsse vermehren, kommen die individuellen Gehaltsaufstiege hinzu.



Coop erhöht Löhne

## Impressum

**diagonal**

**BSPV  
APEB**

Offizielles Organ des Bernischen  
Staatspersonalverbandes BSPV

Organe officiel de l'Association du  
personnel de l'Etat de Berne APEB

www.bspv.ch, sekretariat@bspv.ch

### Redaktion

Daniela Zryd  
Matthias Burkhalter  
Redaktionsadresse:  
Postgasse 60, Pf 533  
3000 Bern 8  
Tel. 031 311 11 66  
Fax 031 311 11 18

### Übersetzung französisch

Christine Theumann-Monnier

### Inseratenverwaltung

Stämpfli Publikationen AG  
Wölflistrasse 1  
Postfach 8326  
3001 Bern  
inserate@staempfli.com

### Satz, Druck und Spedition

Stämpfli Publikationen AG  
Postfach 8326  
3001 Bern

# Le personnel psychiatrique paie l'addition

**La « Berner Zeitung » a publié un article dont le titre affirmait que les fonctionnaires étaient épargnés par le plan d'économies. Cette affirmation est totalement fausse. L'examen des offres et des structures du canton de Berne se traduit par un nombre élevé de réductions d'emplois. Et si 600 postes sont supprimés, bien plus nombreux sont les employés concernés.**

Supprimer cette branche spécifique qu'est le grec n'entraînera que quelques rares suppressions de postes. De l'extérieur, cela paraît acceptable. Et pourtant, les enseignants concernés ne pourront pas se recycler dans le sport ou dans une autre école. Ils n'ont tout simplement plus aucune perspective professionnelle. En outre, beaucoup de postes à temps partiel sont concernés. La suppression d'un poste à 100% engendre des difficultés considérables pour nombre d'enseignants, comme pour beaucoup d'autres personnes concernées.

## **Le plan d'économies EOS prévoit des suppressions considérables de postes parmi le personnel du canton :**

### **2014**

-377 postes

### **2015**

-97 postes (soit -474 postes au total)

### **2016**

-103 postes (soit -577 postes au total)

### **2017**

-68 postes (soit -645 postes au total)

En quatre ans, ce sont ainsi bien plus de 600 postes qui devraient disparaître. Une telle réduction est acceptable pour l'APEB, pour autant que les prestations soient diminuées dans le même temps. Cette suppression de postes ne doit par ailleurs pas donner lieu à des licenciements, ce qui, compte tenu des fortes fluctuations des effectifs du canton de Berne, devrait être possible. Le changement de primauté entraînera aussi d'autres remaniements de personnel. Et si les postes de garde-chasse et de garde-pêche subissent des coupes claires, il sera alors nécessaire de trouver

une nouvelle solution socialement acceptable pour toutes les personnes concernées.

## **Le personnel paroissial sous pression**

Dans le cadre d'une mesure prise à la va-vite, le budget alloué au personnel paroissial sera amputé de deux millions de francs. Dans ce domaine aussi, des postes vont disparaître à moyen terme. Etant donné que le droit du travail ne permet pas une mise en œuvre de cette mesure dans un délai si court, on peut s'attendre à ce que le budget soit dépassé. Là aussi, ce qui ne peut être mis en œuvre ne doit simplement pas l'être. Il faut juste s'accorder plus de temps.

## **Un grand nombre d'autres personnes concernées**

Les mesures de suppression de postes sévissent aussi dans d'autres domaines. Dans l'Inspection de la pêche, ce sont quatre postes sur quatorze qui disparaissent. A l'Inspection de la chasse, six sur une quarantaine. Dans la police, les coupes atteignent la centaine, et l'entretien des routes est concerné à hauteur de 20 à 25 emplois. Contrairement à ce qui se dit, les cadres ne sont pas épargnés: le Commandement de la police n'a pas remplacé son chef d'état-major qui est parti, et les Eglises nationales subiront une forte réduction du personnel pastoral. De plus, du fait de l'échec et de la suspension de la Nouvelle gestion publique (NOG), des places de contrôleurs sont également menacées. Nos enseignants sont eux aussi mis massivement à contribution par le plan d'économies. Nombre d'écoles de

campagne seront fermées et la pression sur les gymnases s'accroît. On ne connaît pas encore l'ampleur exacte des coupes considérables qui affecteront la psychiatrie. Les mesures prévues par le panier 1 devraient pouvoir être appliquées sans licenciement, mais une nouvelle réduction des missions et des prestations menace d'ores et déjà.

## **Extrait de l'EOS**

«L'effectif autorisé de la Police cantonale de Berne est réduit de 100 postes sur trois ans. [...] La diminution de l'effectif sera réalisée à travers des fluctuations naturelles; ainsi, [...] aucun licenciement ne devrait avoir lieu. La réduction de l'effectif s'accompagne d'une concentration des moyens qui implique que le personnel restant doit être très mobile. Il est renoncé, là où cela est possible, à employer des spécialistes au profit de personnel polyvalent. [...] La nouvelle structure proposée correspond à une organisation moderne de la police et n'entraîne pas de charge supplémentaire pour le personnel.»

Voilà pour la formulation plutôt sibylline du Conseil-exécutif. Le Grand Conseil vient de renoncer à supprimer l'éducation routière. Nous nous attendons à ce que peu de choses changent dans la police pour le moment.

# Pourquoi l'APEB n'a-t-elle pas manifesté ?

**Enseignants, handicapés, gymnasiens et étudiants en horticulture, ils ont tous manifesté devant l'Hôtel de ville contre le programme d'économies du Conseil-exécutif. Alors pourquoi notre association n'était-elle pas parmi eux ?**



Les économies touchent tous les secteurs.

Moser

« Et nous, les policiers, que faisons-nous ? » m'a demandé un membre. « Pour le moment, rien du tout », lui ai-je répondu. La question était tout à fait justifiée, car le programme d'économies n'épargne nullement le personnel.

Le rapport EOS consacre tout un chapitre à l'échec de la politique salariale des 15 dernières années. Le document comporte des aveux incontestables (voir enca-

dré). Le Conseil-exécutif a enfin saisi ce que nous, les associations de personnel, ne cessons de rappeler et de mettre en avant depuis des années : quand on fait des économies trop draconiennes, des mesures de compensation s'imposent un jour ou l'autre. Exactement comme pour l'entretien des routes ou des bâtiments, économiser peut se révéler coûteux.

## Le personnel participe à l'effort d'économie

Le programme d'économies comporte dans le panier 1 une mesure considérable dont le personnel fait les frais. La hausse de la masse salariale prévue pour les années 2014 à 2017 a été abaissée de 1,5% à 1,0% par an. Ainsi, le personnel du canton porte, comme toutes les autres catégories de population durement touchées, une lourde part du fardeau des mesures d'économie. Pour l'année 2014, cela représente 32 millions de francs, et même 84 millions pour 2016.

## Supportable ou pas ?

Ces mesures sont-elles tolérables ? Oui, dans une certaine mesure. Car cette baisse sera compensée par une modification de l'affectation des gains de rotation. Jusqu'ici, le Conseil-exécutif avait toujours accordé une hausse de la masse salariale de l'ordre de 1%, tout en réduisant le budget prévu du montant des gains de rotation de 0,8%. De ce fait, l'augmentation ne coûtait rien au canton. Dorénavant, les gains de rotation doivent aussi servir aux mesures salariales.

Ainsi, d'une part, les hausses sont réduites, mais dans le même temps la réduction est réduite. Cela peut sembler compliqué, mais les résultats obtenus sont fiables. C'est un premier pas dans la bonne direction si des hausses de salaires de 1,5% peuvent être consenties chaque année avec les gains de rotation.

## S'en tirer à bon compte

Le Conseil-exécutif a rassemblé dans un premier panier les mesures d'économies qu'il juge acceptables. Elles ont été intégrées au budget 2014. Dans le même temps, il a dressé la liste de mesures sup-

Année	Hausse prévue au budget	Hausse issue des gains de rotation	Total	Echelons de traitement En moyenne
2014	1,0%	0,5%	1,5%	2,6
2015	0,9%	0,6%	1,5%	2,6
2016	0,7%	0,8%	1,5%	2,6
2017	0,7%	0,8%	1,5%	2,6

plémentaires qu'il estime inapplicables, et les a rassemblées dans un deuxième panier.

Parmi les mesures inacceptables proposées au Grand Conseil figurait une réduction de la croissance des salaires à hauteur des gains de rotation. Cette mesure aurait permis d'économiser 65 millions de francs dans le budget 2014, mais se serait révélée extrêmement douloureuse. Le Grand Conseil a fait preuve de sagesse en renonçant à recourir à cette mesure pour compenser d'autres économies douloureuses pour une grande part de la population. Pour une fois, on peut remercier nos députés.

### Hausse de salaires incompréhensibles

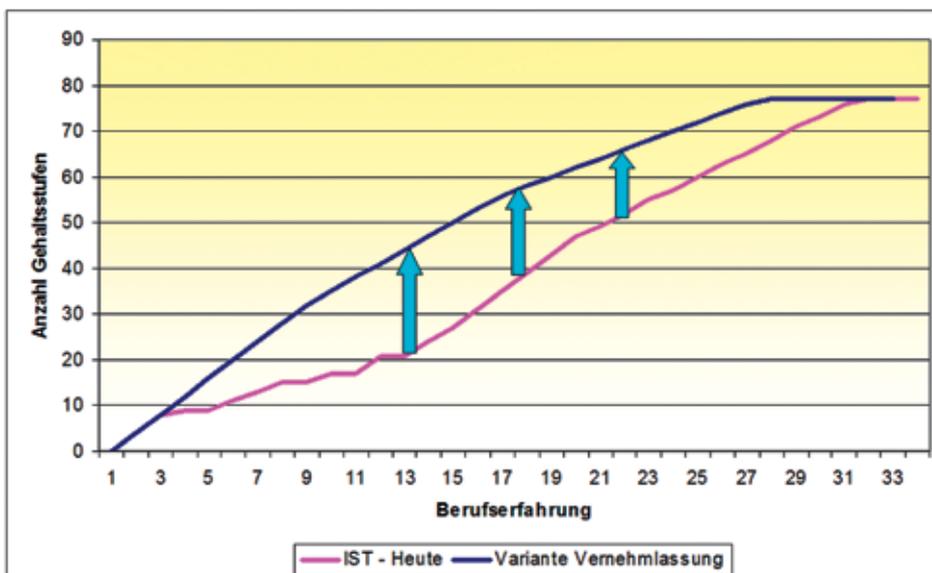
Andreas Blaser, membre de l'APEB, a présenté une requête en vue de revenir sur les augmentations de salaires au Grand Conseil, censées entrer en vigueur à partir de juillet prochain. Contrairement à ce qui se faisait jusqu'ici, les indemnités du Grand Conseil sont dorénavant totalement impossibles. En conséquence, l'augmentation des députés est loin d'atteindre

47% comme ont pu l'annoncer les médias. Elle sera comprise entre 10 et 20%. Toutefois, de telles hausses ne sont pas acceptables en cette période d'austérité marquée, et la population ne comprend pas cette décision. Les représentants de l'APEB ont fait connaître leur opposition à la hausse des indemnités, mais tous les membres de l'association ne voient pas tous les choses de la même manière. L'APEB a publié les résultats de la consultation sur son site Internet.

### Rattraper les arriérés salariaux

Les mesures de rattrapage des arriérés salariaux se font toujours attendre. Les personnes qui ont travaillé pour le canton de Berne au cours des dix à quinze dernières années ont en effet subi une augmentation de salaire extrêmement laborieuse. La courbe ci-dessous montre bien le caractère excessif des coupes pendant les bonnes et les très bonnes années.

Dans son rapport, le Conseil-exécutif écrit à ce propos : « Vu la situation financière, force est de renoncer à prendre des mesures visant à combler le retard pris en matière de salaires. Cela est regrettable et



devra encore être rattrapé ultérieurement». Voilà une déclaration à laquelle nous souscrivons totalement.

Il est regrettable que les personnes dans cette situation n'aient pas pu compenser les pertes de salaire passées, même en gravissant par la suite les échelons de traitement. De même, personne ne comble le trou de la caisse de pension. Lors des promotions de cette année, il faudra donc veiller à la remise à niveau des rémunérations les plus basses. Nous sommes impatients de voir comment seront mises en œuvre les augmentations de salaires de cette année et serions intéressés par les réactions de nos lecteurs à ce sujet.

### Rapport EOS, chapitre « Politique salariale »

Extrait : « Comme on le sait [...], le canton de Berne n'a, pour différentes raisons, pas pu accorder ces 15 dernières années d'évolution salariale correspondant aux critères du système de rémunération bernois BEREBE au personnel cantonal et aux membres du corps enseignant. Les salaires que perçoit le personnel de notre canton ont donc nettement reculé par rapport à ceux des autres cantons et ne sont aujourd'hui plus guère compétitifs.

Pour une évolution salariale stable [...], une part constante de 1,5 pour cent de la masse salariale est nécessaire.

Mais en plus de cette évolution salariale individuelle ordinaire, il faudrait disposer de moyens permettant de rattraper le retard des salaires par rapport à la concurrence. Et si le renchérissement augmente, il faut également libérer des fonds pour la croissance générale des salaires (compensation du renchérissement). »

# diagonal

**APEB**

www.apeb.ch

## Note

### Fermeture du secrétariat

Le secrétariat de l'APEB sera fermé  
du 21 décembre 13 au 5 janvier 14.

## Note

### Comité central

Le Comité central n'a encore pris  
aucune décision sur ce qu'il fera  
dans le cas où une votation sur la  
Loi sur les caisses de pension a lieu.  
Si la votation est obtenue de force,  
l'ensemble du projet risque bien de  
capoter en cas de double non.

## Editorial



Le corps enseignant durement touché.

Zryd

# Un programme d'économies dur

**La population bernoise est durement touchée par le programme d'économies EOS. Le tribut à payer par le personnel sera lourd, voire excessif dans certains cas.**

Le plan d'économies adopté par le Grand Conseil a des conséquences très pénibles pour de nombreux groupes de population. En effet, les conséquences de baisses d'impôts irréfléchies affecteront largement les personnes les plus faibles, les défavorisés et les régions périphériques. C'est inacceptable.

Les employés du canton de Berne seront eux aussi parfois durement touchés, en particulier ceux qui vont perdre leur emploi ou subir une diminution de leur

taux d'occupation. Il faut, dans ce cas, trouver des solutions socialement acceptables. En tant que partenaire social, l'APEB a le devoir de faire clairement entendre sa voix.

Malgré le contexte difficile, une augmentation de salaires acceptable a quand même pu être assurée pour 2014 et les années suivantes. C'est une victoire due à notre politique active. Les 20 000 participants à la manifestation du 16 mars dernier y ont aussi contribué.